

Mir A. Ferdowski

Sicherheit und Frieden nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes

Autoren:

Joachim Betz

Dieter Bingen

Ernst-Otto Czempiel

Mir A. Ferdowski

Uwe Halbach

Magarditsch Hatschikjan

Heinrich-W. Krumwiede

Hanspeter Mattes

Volker Matthies

Uwe Nerlich

Peter J. Opitz

Reinhardt Rummel

Peter Schlotter

Gerhard Wettig

München 1994 – 1. Auflage

BAYERISCHE LANDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNGSARBEIT

Inhaltsverzeichnis

MIR A. FERDOWSI

Das Ende des Kalten Krieges und der Zerfall des Sowjetimperiums.
Eine retrospektive Betrachtung..... 11

MIR A. FERDOWSI

Globale Bedrohungspotentiale – eine kritische Bestandsaufnahme 23

Sicherheit und Frieden in der „Einen Welt“: Chancen – Risiken – Tendenzen

GERHARD WETTIG

Rußland/GUS – Reform oder Restauration?..... 45

DIETER BINGEN

Ost-Mitteleuropa – vom Warschauer-Pakt zur NATO? 73

MAGARDITSCH HATSCHIKJAN

Süd-Osteuropa – vermintes Gelände?..... 93

REINHARDT RUMMEL

Europäische Union – auf dem Weg zur Ordnungsmacht in Europa? 111

PETER J. OPITZ

Die asiatisch-pazifische Region – Ruhe vor dem Sturm?..... 127

JOACHIM BETZ

Südasiens – Sicherheitsgefüge im Wandel? 145

UWE HALBACH

Mittelasiens – auf der Suche nach einer neuen Ordnung?..... 155

MIR A. FERDOWSI

Naher und Mittlerer Osten – vom regionalen Sicherheitssystem zum
Bilateralismus?..... 171

HANSPETER MATTES

Nordafrika – von intraregionalen Konfliktfronten zum horizontalen Krisen-
management?..... 185

VOLKER MATTHIES

Subsahara-Afrika – vom Schauplatz des Ost-West-Konflikts zur
peripheren Katastrophenregion? 19~~6~~

HEINRICH-W. KRUMWIEDE

Lateinamerika – Frieden durch Demokratie? 2~~1~~5

ERNST-OTTO CZEMPIEL

USA – Supermacht wider Willen? 22~~3~~

Friedenssicherung in einer multipolaren Welt

 UWE NERLICH

Die NATO – eine neue Verbindung von kollektiver Verteidigung und
kollektiver Sicherheit. Herausforderungen der 90er Jahre. 239

 PETER SCHLOTTER

Die KSZE – Möglichkeiten und Grenzen einer multinationalen Friedens-
gestaltung in Europa..... 257

 PETER J. OPITZ

Die UNO – zwischen kollektiver Sicherheit und humanitärer Intervention. ... 273



MIR A. FERDOWSI

Naher und Mittlerer Osten – vom regionalen Sicherheitssystem zum Bilateralismus?

Es ließe sich zwar vortrefflich darüber debattieren, ob die Internationalisierung der Kuwait-Krise 1990 dem Unvermögen regionaler Akteure zuzuschreiben ist, die Krise einer friedlichen Lösung zuzuführen, oder ob diese durch die frühzeitige Entscheidung der USA vom 7. August 1990, zur Verteidigung Saudi-Arabiens Truppen an den Golf zu entsenden, herbeigeführt wurde. Unbestreitbar ist allerdings die Tatsache, daß der Nahe und Mittlere Osten wie kaum eine andere Region der Dritten Welt von der sukzessiven Auflösung des Ost-West-Konfliktes seit den friedlichen Revolutionen des Jahres 1989 in Mitteleuropa betroffen war:

Zum einen deuten eine Reihe von Indizien darauf hin, daß die Entscheidung Saddam Husseins zur Invasion in Kuwait und die Eskalation der Krise nicht zuletzt mit der nachlassenden Disziplinierung durch den Ost-West-Konflikt und den sich vermeintlich ergebenden größeren Handlungsspielräumen für regionale Mächte zusammenhängen.

Zum anderen wurden die Golfkrise und der anschließende Krieg seitens der USA nicht nur als Auftakt zu einer neuen Weltordnung angesehen, sondern bereits als eine Art Testfall für deren Dynamik und Effektivität; hatte doch Präsident Bush die

Idee zur Schaffung einer neuen Weltordnung zum ersten Mal am 1. Oktober 1990 vor der UN-Generalversammlung lanciert, als er dem umfangreichen Katalog zur Legitimation des amerikanischen Engagements im Golf diese Zielvorgabe hinzufügte.

Drittens schließlich wurden für keine andere Weltregion so dezidierte Pläne zur Errichtung einer „stabilen Friedensordnung“ entworfen¹ und umzusetzen versucht wie für den Nahen und Mittleren Osten. Dabei sei dahingestellt, ob der Druck der Herrscher am Golf, denen die Krise verdeutlichte, daß die Spannungen zwischen Israel und der arabischen Welt auch für sie gefährliche Folgen haben könnten, oder die unsicheren Perspektiven der Nachkriegszeit letztlich ausschlaggebend dafür waren, daß insbesondere die Lösung des Nahostkonflikts im Mittelpunkt der Rede Präsident Bushs bei der Ankündigung der Waffenruhe am Morgen des 28. Februar 1991 stand.

Auf seinen insgesamt acht Nahost-Reisen zwischen März und Oktober 1991 gelang es dem amerikanischen Außenminister Baker denn auch, zwischen den Parteien eine Einigung über den Teilnehmerkreis der Friedensgespräche (Syrien, Libanon, Israel und eine jordanisch-palästinensische Verhandlungsdelegation), Ort und Termin derselben (4. November 1991 in Madrid) und die Konferenzform zu erzielen: Nach der Eröffnungssitzung sollten die Verhandlungen in einer zweiten Phase bilateral fortgeführt werden; als dritte Phase und Bindeglied zu bilateralen Gesprächen war eine „Regionalkonferenz“ vorgesehen, um über Wasser, Umweltschutz, Rüstungskontrolle sowie regionale Sicherheit zu verhandeln. Doch der Prozeß war lange Zeit von Gesprächen über substantielle Themen weit entfernt – es herrschte lediglich Eignigkeit darüber, eine friedliche Lösung anzustreben.

Es würde den Rahmen sprengen, wollte man an dieser Stelle näher auf den bisherigen Verlauf der am 10. Dezember 1991 in Washington begonnenen Friedensgespräche eingehen. Relativ vielversprechend erscheinen sowohl die Versuche der PLO und der israelischen Regierung, auf Basis einer am 13. September in Washington unterzeichneten „Grundsatzerklärung“ über die Teilautonomie für die besetzten Gebiete Gaza und Jericho (Abgedruckt in Europa-Archiv, 24/1993, S. D 526–535) zu einem für beide Konfliktparteien annehmbaren Modus vivendi zu kommen, als auch die Beendigung des Kriegszustandes und die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und Jordanien mit der „Washingtoner Erklärung“ vom 25. 7. 1994. Doch ob dieses Abkommen, dessen Umsetzung zudem durch Gegner des Friedensprozesses ernsthaft gefährdet

¹) Die Elemente einer „stabilen Friedensordnung“ der Nachkriegszeit skizzierte Präsident Bush am 6. März 1991 in einer Rede vor dem Kongreß wie folgt: kollektive Sicherheitsvereinbarungen unter den Ländern der Region, insbesondere zwischen jenen Staaten, die in der Golfkoalition aktiv mitgewirkt haben; eine effiziente Einschränkung und Kontrolle von Waffenlieferungen in den Nahen Osten; die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Region durch koordinierte Investitionen; schließlich die Überwindung des arabisch-israelischen Konflikts. Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv, 9/1991, D 218–220.

werden könnte, der erste Schritt zu einer umfassenderen Lösung des Nahost-Konfliktes sein wird (*Steinbach 1994, Johannsen/ Schmid 1994*), bleibt abzuwarten. Vielmehr deutet die bisherige politische Entwicklung in der Region – deren wesentliche Elemente hier skizziert werden – darauf hin, daß dort seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes kaum strukturelle Veränderungen stattgefunden haben, die das regionale System hätten stabilisieren können. In mancher Hinsicht scheint der Nahe Osten im Begriff, hinter die Zeit vor dem Ende des Kalten Krieges zurückzufallen.

Das Scheitern eines regionalen Sicherheitssystems

Es lag sicherlich nicht zuletzt in der Logik der Kuwait-Krise, bei der in der ohnehin von Kriegen und Konflikten gezeichneten Region zum ersten Mal der Bestand eines arabischen Staates in Frage gestellt wurde, daß der Schaffung eines regionalen Sicherheitssystems unmittelbar nach Beendigung des Krieges besondere Priorität eingeräumt wurde.

Ein erster ermutigender Ansatzpunkt für ein derartiges Sicherheitssystem war die Unterzeichnung der sog. „Erklärung von Damaskus“ am 6. März 1991 durch die Außenminister der „zwei plus sechs“-Staaten – Syrien, Ägypten und die sechs Mitglieder des Golfkooperationsrates (Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, Katar, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate). Über die „Ziele der Koordination und Zusammenarbeit“ wurde dabei ausdrücklich hervorgehoben, „daß die Anwesenheit der ägyptischen und syrischen Truppen auf dem Gebiet des Saudi-Arabischen Königreiches und anderer arabischer Staaten in der Region . . . den Kern einer arabischen Friedenstruppe darstellt, die zur Garantie der Sicherheit und Unversehrtheit der arabischen Staaten in der Golfregion eingerichtet wird, und als ein Beispiel, mit dem die Wirksamkeit des umfassenden arabischen Verteidigungssystems garantiert wird“ (*Text abgedruckt in Perthes 1991, S. 61-63*).

Doch trotz dieser hoffnungsvollen Erwartungen kündigte der ägyptische Präsident Mubarak knapp zwei Monate später – am 8. Mai 1993 – den Abzug der 38 000 Mann starken ägyptischen Truppen aus Saudi-Arabien und Kuwait an. Nachdem es den Teilnehmerstaaten trotz intensiver diplomatischer Bemühungen nicht gelungen war, sich über die Details der noch recht allgemeinen Absichtserklärung zu einigen, wurde das Projekt auf dem Gipfeltreffen des Golfkooperationsrates Ende 1993 für endgültig gescheitert erklärt.

Betrachtet man die Gründe für dieses Scheitern näher, so scheinen sie symptomatisch für das Sicherheitsbedürfnis und -streben der Golfanrainerstaaten, insbesondere der Mitglieder des Golf-Kooperationsrates, zu sein. Sie lassen sich wie folgt kurz zusammenfassen:

- Die Auffassung einiger Golfstaaten, daß eine arabische Sicherheitsordnung allein keinen ausreichenden Schutz zu gewähren imstande sei;

- die Abneigung konservativer Monarchien, sich mit syrischen oder ägyptischen Truppen nicht nur eine politisch, sondern auch militärisch zweifelhafte fremde Truppenpräsenz aufzuhalten. Hierfür spricht die Tatsache, daß Kuwait die Präsenz amerikanischer Truppen der Stationierung arabischer Streitkräfte vorzuziehen schien, während Saudi-Arabien seine Bemühungen mehr auf die massive Erhöhung der eigenen Verteidigungsanstrengungen als auf die Bildung einer arabischen Sicherheitstruppe konzentrierte;
- gegensätzliche Meinungen hinsichtlich der Integration Irans als nichtarabischem Akteur am Golf. Insbesondere die kleineren Golfstaaten waren eher an breiteren Sicherheitsstrukturen interessiert, nicht zuletzt, um auch das saudi-arabische Übergewicht auszugleichen;
- die Abneigung insbesondere Ägyptens gegen eine langfristige Stationierung amerikanischer Bodentruppen, da das Land nicht bereit zu sein schien, „als arabische Fassade für ein System zu dienen, dessen Kern nicht arabisch ist“ – so der Chefredakteur von „Al-Ahram“, Ibrahim Nafie (*Zit. nach Gesemann 1991, S. 11*).

Diese kurz skizzierten Aspekte dürften verdeutlicht haben, daß das Konzept eines „regionalen Sicherheitssystems“ entgegen aller Hoffnungen und internationaler Unterstützung ausschließlich aufgrund interner Antagonismen gescheitert ist und sich wohl auch in absehbarer Zukunft schwerlich wird reaktivieren lassen – insbesondere, nachdem die USA aus Sorge vor einem Sicherheitsvakuum den arabischen Golfländern den Abschluß bilateraler Sicherheitsabkommen offeriert haben, was von einigen angenommen wurde. So haben nach Kuwait, das im September 1991 ein auf zehn Jahre befristetes Sicherheitsabkommen mit Amerika abgeschlossen hat, das dem Emirat im Fall einer militärischen Bedrohung oder gar Aggression Beistand verspricht, auch die Vereinigten Arabischen Emirate im Juli 1994 mit den USA einen Verteidigungspakt abgeschlossen, der Teil des Ausbaus der militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder ist.

Diese Politik des „Bilateralismus“ hat nicht nur die Idee einer regionalen Sicherheitsstruktur in eine Sackgasse geführt, vielmehr zeitigt sie bei genauerer Betrachtung zwei weitere, für eine „Regionalisierung der Sicherheitspolitik“ in der Region kontraproduktive Entwicklungen:

Zum einen stellt ein solcher Bilateralismus den Bestand vorhandener regionaler Sicherheitsorganisationen wie etwa des Golf-Kooperationsrates in Frage. So wurde ein seit Dezember 1991 von Oman favorisierter Plan für eine integrierte Abschreckungsstreitmacht als „schnelle Eingreiftruppe“ der sechs Länder des Golf-Kooperationsrates im Umfang von 100 000 Mann, die ein ausreichendes Instrument für eine kollektive Verteidigung am Golf bilden könnte, von den Staatshäusern des Golf-Kooperationsrates Ende Dezember 1992 vorläufig auf Eis gelegt.

Zum anderen versuchen die Golfstaaten und die USA trotz aller Beteuerungen hinsichtlich der Einleitung umfassender regionaler Rüstungsbegrenzungen – wie etwa

Präsident Bushs Plan von Juni 1991² –, die Stabilisierung der Region zunehmend mit dem Instrument militärischer Hilfe und Aufrüstung zu erreichen. Bereits wenige Tage nach der Erklärung von Präsident Bush kündigten die USA an, zehn Kampfflugzeuge vom Typ F-15 an Israel zu liefern und sich mit 72 Prozent am israelischen Raketenabwehrprogramm zu beteiligen. Im Gegenzug sollte Ägypten 46 F-16-Kampfflugzeuge erhalten. Die Koproduktion von jährlich etwa 500 Kampfpanzern M1-A1 in Ägypten sollte 1992 beginnen. Auch die Verteidigungsfähigkeit der kleinen Emirate soll mittels weiterer Rüstungslieferungen gestärkt werden. Vorgesehen ist, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate mit Waffen im Wert von zusammen 2,1 Mrd. Dollar zu beliefern, darunter Kampfhubschrauber des Typs „Apache“, mehr als 330 M1-A1-Kampfpanzer und 160 gepanzerte „Bradley“-Fahrzeuge sowie Luftabwehrsysteme im Wert von rund 500 Mio. Mark.

Doch nicht nur die USA, sondern auch England und Frankreich haben in jüngster Zeit umfangreiche Waffenlieferungen in die Länder der Region angekündigt. So vereinbarte der britische Premierminister John Major am 28. Januar 1993 – während eines kurzen Zwischenstops auf der Rückreise von seinem Indienbesuch – mit Saudi-Arabien einen Rüstungsgroßauftrag von über zwölf Mrd. Mark, der u. a. die Lieferung von 48 Tornado-Kampfflugzeugen umfaßt. Oman wurde für das Jahr 1995 die Lieferung von 18 Panzern des Typs Challenger-2 und vier zugehörigen Unterstützungs- und Bergungsfahrzeugen zugesichert. Zwischen Frankreich und den Emiraten wurde erst im Februar 1993 die Lieferung von mehr als 400 französischen Kampfpanzern des Typs Leclerc im Gesamtwert von rund 6,3 Mrd. Mark vereinbart. So kann im weltweiten Vergleich nicht nur keine Rede von einer „Friedensdividende“ in der Region sein, sondern es wird sogar deutlich mehr als in anderen Ländern für Rüstung und Militär ausgegeben. Während weltweit der Anteil von Militär und Rüstung an den öffentlichen Haushalten von 19 Prozent im Jahre 1980 auf 17 Prozent im Jahre 1990 sank – in den Entwicklungsländern insgesamt sogar von 33 Prozent für 1970 auf unter 15 Prozent im Jahre 1990 –, liegt der entsprechende Haushaltsanteil in den arabischen Staaten nach wie vor nahezu konstant bei 25–26 Prozent (*Perthes 1993*).

Offensichtlich hat erst die Beendigung des Ost-West-Konfliktes jene Barrieren abgebaut, die die kleineren Golfstaaten lange Zeit eher von einer engeren Bindung an eine Supermacht zurückgehalten hatten. Damit wird die Suche nach einem tragfähigen regionalen Gleichgewicht, nach Ausgleich der legitimen Sicherheitsinteressen aller betroffenen Akteure der Region und nach globalen Konfliktlösungen und Lösungsmechanismen erheblich erschwert.

²) Der Plan von Präsident Bush sah die Unterbindung des Baus, der Erprobung und der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, ein Exportverbot ballistischer Raketen mit einer Reichweite von mehr als 150 Kilometern sowie Zurückhaltung beim Verkauf konventioneller Waffen vor. Darüber hinaus sollten sich die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und die wichtigsten Lieferländer für den Nahen Osten auf einen „allgemeinen Code“ zur Exportbeschränkung einigen und auf eine „Beschränkung destabilisierender Exporte konventioneller Waffen“ hinwirken, da, so Präsident Bush damals, „nirgendwo die Eindämmung der Gefahr der Waffenproliferation“ dringlicher sei als gerade im Nahen Osten. Zit. n. Klaus-Dieter Frankenberger: Gut gerüstet vor allem im Orient, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. August 1991.

Hindernisse einer stabilen Friedensordnung

Der nahöstliche Friedensprozeß wird zwar voraussichtlich eine für Israel, die Palästinenser und die umliegenden arabischen Staaten akzeptable Lösung bringen und einen der weltweit langlebigsten Territorialkonflikte lösen. Doch so sehr dem Nahostkonflikt international stets die größte Aufmerksamkeit gewidmet wurde, stellt er dennoch keineswegs den einzigen überregional relevanten Konfliktherd in der Region dar. Wie brüchig oder wie haltbar die arabische bzw. die über die arabischen Staaten hinausgehende regionale Ordnung künftig sein wird, hängt nicht zuletzt auch von der Lösung einer Reihe weiterer Konfliktformationen ab – wie umstrittene Grenzziehungen, innerarabische Umverteilungskonflikte und Verteilungskonflikte um Wasser sowie um die Erdölförderquoten.

Umstrittene Grenzen

Zu einer der für die Golfregion charakteristischen Ursachen für Interessenkonflikte gehört zweifellos das Fehlen von Staatsgrenzen und Demarkationslinien, was eine der Hinterlassenschaften der britischen Dominanz am Golf bis 1971 ist. Grenzkonflikte um Erdölvorkommen von der Dimension der zwischen Kuwait und Irak umstrittenen Rumaila-Ölfelder haben auf der arabischen Halbinsel und im Persischen Golf im vergangenen Jahr zu Territorialkonflikten und Spannungen zwischen den betroffenen Regimen geführt und werden wohl auch in Zukunft eine Quelle der Unsicherheit bleiben.

So war der jüngste Ausbruch des jahrzehntelang latenten Streits zwischen dem *Jemen und Saudi-Arabien* über den Verlauf der gemeinsamen Grenze 1992 durch die Ölsuche ausländischer Firmen in Gebieten der Landschaft Hadramaut und im Roten Meer hervorgerufen worden, die von Saudi-Arabien beansprucht werden. Grundlage der „De facto-Grenze“ des Jemen zu Saudi-Arabien bilden – ein Erbe der englischen Kolonialherrschaft – das Saudi-Arabisch – (Nord-)Jemenitische Abkommen von 1934 und die einseitige britische Grenzerklärung von 1955, als der spätere Südjemen noch eine britische Kolonie war. Genau festgelegt wurden die Grenzen jedoch bis heute nicht, so daß der große Rest strittig ist; er umfaßt praktisch das ganze Gebiet zwischen dem 17. und 18. Breitengrad, womit der saudische Anspruch weit nach Süden reicht und 12 von 20 Ölfeldern einbezieht, in denen Erdöl entweder bereits gefördert oder mit hoher Wahrscheinlichkeit existieren dürfte – für den Jemen eine existenzbedrohende Herausforderung. Doch der Konflikt um die Ölfelder überlagert die traditionelle gegenseitige Abneigung zwischen beiden Staaten, die zum einen durch die jemenitischen Sympathien für den Irak während der Golfkrise an Aktualität gewonnen hat, zum anderen durch die massive Unterstützung Saudi-Arabiens und Kuwaits für die „Sezessionisten“ des Südens im jemenitischen Bürgerkrieg, der nach zweimonatigen Kämpfen am 7. 7. 1994 mit dem Sieg des Nordens endete.

Saudi-Arabien befürchtet, daß dem Jemen dank der erst in den letzten Jahren entdeckten Ölvorräte von zwei bis drei Mrd. Barrel und Erdgasvorkommen eine Macht zuwachsen könnte, die Saudi-Arabiens Vorrangstellung auf der arabischen Halb-

insel gefährden würde, zumal der Jemen mit 14 Mio. Menschen unter den elf arabischen Staaten östlich des Suezkanals nach dem Irak das bevölkerungsreichste Land ist und aufgrund der großen Wasserreserven auch über ein beachtliches landwirtschaftliches Potential verfügt.

Der zwischen den beiden Mitgliedern des Golf-Kooperationsrates *Saudi-Arabien und Katar* seit langem umstrittene Verlauf der Grenzen führte am 30. September 1992 zu einer militärischen Eskalation mit einigen Todesopfern. So strittig auch die Berichte beider Seiten über diesen Vorgang sein mögen, so scheint doch sicher, daß sich ein Konflikt anzubahnen droht, da die Regierung des Emirats Katar am 1. Oktober 1992 das 1965 mit Saudi-Arabien unterzeichnete Grenzabkommen einseitig aufkündigte.

Konfliktpotential enthält auch die von der Grenz-Kommission der Vereinten Nationen – in Anlehnung an einen Briefwechsel vom Jahre 1932 zwischen den noch unter britischer Kolonialherrschaft stehenden Regierungen – vorgeschlagene Grenzziehung zwischen *Kuwait und Irak*, die nicht nur einen Teil der umstrittenen Ölfelder von Rumaila dem Emirat zuspricht, sondern auch Teile des irakischen Hafens Umm Qasr. Denn damit wird der Zugang des Irak zum Persischen Golf verengt: Dies war nicht nur eine der Ursachen des Kuwait-Krieges, sondern auch die des achtjährigen iranisch-irakischen Krieges gewesen.

Bis heute ungelöst und Konfliktbeladen ist nicht nur die Grenzziehung zwischen *Iran und Irak* am Schatt al-Arab, sondern wie die Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen *Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten* um die Insel Abu Musa im April 1992 verdeutlichte, auch die Frage der Souveränität über diese und die beiden Tumb-Inseln in der Meerenge von Hormuz, die 1971 von iranischen Elite-Truppen in einer Nacht- und Nebelaktion besetzt wurden und angesichts ihrer geostrategischen Lage für die Sicherung der Öltanker-Routen von unschätzbarem Wert sind.

Der innerregionale Nord-Süd-Konflikt

Die Sprengkraft des regionalen Nord-Süd-Konfliktes kam im Gefolge des Golfkrieges deutlicher als je zuvor zum Vorschein, als Saddam Hussein die armen arabischen Massen für sich zu gewinnen suchte, indem er die Besetzung Kuwaits auch damit zu rechtfertigen versuchte, den „Reichtum“ des arabischen Mutterlandes allen arabischen Brüdern zukommen lassen zu wollen. Trotz des offensichtlich eher rhetorischen Charakters dieser Absichtserklärung darf gleichwohl nicht übersehen werden, daß auch in der arabischen Welt, nicht anders als in anderen Teilen der Dritten Welt, die ökonomischen Ungleichgewichte zwischen reichen und armen Staaten eine der Hauptquellen politischer Instabilitäten darstellen.

So konnte es nicht überraschen, daß im Zuge der Neuordnungsdebatte über die Nachkriegszeit die Errichtung einer mit Ölgeldern finanzierten internationalen Bank und eine Art „Marshallplan“ zum Wiederaufbau und zur Entwicklung der Region zur Sprache kamen.

Grundlegende Kennzahlen der Länder der Region

Land	BSP/ Kopf in \$	Bevöl (in Mio)	Durchschnittliches jährliches Bevöl- kerungswachstum		Bevölkerung- Projektionen (in Mio.)	
	1991	1991	1980-91	1991-2000	2000	2025
Ägypten	620	53,6	2,5	2,1	65	92
Irak*	...	19	3,6	3,6	26	48
Iran	2 170	58	3,6	3,4	78	160
Israel*	10 920	5	1,8	3,3	6	8
Jemen	520	12,5	3,8	3,7	17	37
Jordanien	1 050	3,7	3,7	3,8	5	10
Kuwait*	16 150	2	4,4	2,9	3	4
Libanon*	...	10
Oman	6 120	1,6	4,3	3,9	2	5
Saudi-Arab.	7 820	15,4	4,6	3,5	21	41
Syrien	1 160	12,5	3,3	3,4	17	34
Türkei	1 780	57,3	2,3	1,9	68	91
Ver.Ar.Emi*	19 860	2	4,3	2,2	2	3

Quelle: Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1993, Washington D. C., August 1993. Die Daten für die mit * gekennzeichneten Staaten wurden dem Weltentwicklungsbericht 1992 entnommen.

Die Brisanz der Frage erkennend, haben die Staaten des Golf-Kooperationsrates im März 1991 der Einrichtung eines regionalen Entwicklungsfonds grundsätzlich zugestimmt und sich bereit erklärt, 15 Mrd. US-Dollar zur Finanzierung von Entwicklungsvorhaben in nicht erdölfördernden arabischen Staaten zur Verfügung zu stellen. Dies geschah allerdings erst, nachdem man einer Ressourcenverteilung und Mitspracherechten der ärmeren arabischen Staaten über die Öleinnahmen im Rahmen der „Damaskus-Erklärung“ eine klare Absage erteilt hatte. Dort wurde als Teil des Prinzipienkatalogs über „Koordination und Zusammenarbeit“ ausdrücklich die „Respektierung des Prinzips der Souveränität jedes arabischen Staates über seine natürlichen und wirtschaftlichen Ressourcen“ betont. Es verwundert daher nicht, daß die konkreten Beschlüsse zur Umsetzung dieser Pläne äußerst enttäuschend ausfielen. Hatten die Finanzminister des Golf-Kooperationsrates im April 1991 in Riad beschlossen, nur 10 Mrd. US-Dollar während eines Zeitraums von zehn Jahren in diesen Fonds einzuzahlen, so haben die Staatschefs des Golfrates auf ihrem Gipfeltreffen im Dezember 1992 lediglich der Schaffung eines mit 6,5 Mrd. Dollar ausgestatteten Fonds zur Unterstützung der Wirtschaft Ägyptens und Syriens zugestimmt, die offensichtlich für ihre Beteiligung an der Alliierten Streitmacht im Golfkrieg honoriert werden sollen. Darüber hinaus haben aber die reichen Golfmonar-

chien in aller Deutlichkeit klargestellt, daß sie sich nicht länger verpflichtet fühlen, arabische Staaten allein wegen ihrer Zugehörigkeit zur arabischen Nation mit Wirtschaftshilfe zu bedenken. Dabei wäre zur Sicherung eines stabilen Friedens in der Region eine Ressourcenumverteilung gerade jetzt dringlicher denn je. Denn die kriegsbedingte Rückkehr von Millionen von Gastarbeitern aus den erdölreichen Golfländern in ihre Heimatländer führte dazu, daß für die Wirtschaft dieser Staaten wichtige Devisenüberweisungen ausblieben und darüber hinaus die neuen Arbeitslosen ein zusätzliches wirtschaftliches und politisches Problem darstellen. Davon betroffen sind neben Ägypten insbesondere der Jemen mit beinahe einer Million zurückkehrender Arbeitsmigranten aus Saudi-Arabien sowie Jordanien und die von Israel besetzten Gebiete durch die Ausweisung von mehr als 300 000 Palästinensern aus Kuwait.

Verteilungskonflikte um Wasser

Es bleibt dahingestellt, ob zutrifft, daß der „Sechstagekrieg“ nur wegen des Kampfes um Wasser ausbrach, weil Israel damit begonnen hatte, die Grundwasservorkommen unter der West-Bank und dem Gaza-Streifen anzuzapfen. Fest steht allerdings, daß Israel seit der Eroberung der Golanhöhen 1967 zwei der drei wichtigsten Quellgebiete des Jordans nördlich des Genezareth-Sees kontrolliert. Gleichzeitig gewann Israel die Kontrolle über fast den gesamten Lauf des Jordans, der Schätzungen zufolge zwischen 30 Prozent und 40 Prozent des Wasserbedarfs abdeckt. Israel ist darüber hinaus immer stärker auf jenen Teil der Quellen des Jordans angewiesen, die im Hermon-Massiv im Südlibanon an der syrischen Grenze liegen.

Wenngleich Israel, Jordanien und die PLO sich in jüngster Vergangenheit in Oslo auf „Grundsätze für künftige Verhandlungen über die Wasserverteilung“ verständigt haben (Süddeutsche Zeitung vom 27. Juli 1994), droht angesichts der wachsenden Wassernot der Streit um eine gerechtere Verteilung der knappen Wasservorräte zu einem politischen Spannungsfaktor ersten Ranges zwischen den Staaten der Region zu werden (*Starr 1991*). Vier Faktoren haben maßgeblich hierzu beigetragen:

Zum einen legen die rasch wachsende Bevölkerung und eine zunehmende Verstädterung die Notwendigkeit nahe, die landwirtschaftliche und industrielle Produktion zu erhöhen. Doch der Anteil der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche im Nahen und Mittleren Osten beträgt nur rund 8 Prozent, von denen 27 Prozent (35 Mio. Hektar) künstlich bewässert werden. Schon heute ist der Nahe und Mittlere Osten die Region mit der weltweit niedrigsten Selbstversorgungsrate bei Nahrungsmitteln und zugleich der größte Nahrungsmittelimporteur. Zwar haben die Bauern der Region die Produktion von Nahrungsmitteln kontinuierlich gesteigert, aber Bevölkerung und Pro-Kopf-Verbrauch haben noch stärker zugenommen.

Allein die Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga mußten 1990 Nahrungsmittel im Wert von 18 Mrd. Dollar importieren – damit entfielen allein auf die arabischen Staa-

ten 8 Prozent der Weltimporte und 30 Prozent der Nahrungsmiteleinfluhren der Dritten Welt.

Zum anderen treiben insbesondere die reichen Ölstaaten Raubbau an den fossilen Wasserschiedten, die sich unter ihren Wüsten befinden (Saudi-Arabien und Libyen), da der Wasserbedarf dieser Länder durch eine Aufbereitung mittels Entsalzungsanlagen bei weitem nicht gedeckt werden kann (Saudi-Arabien und Emirate am Golf).

Drittens, weil die ärmeren Staaten zunehmend darauf angewiesen sind, Flüsse und unterirdische Wasservorkommen immer intensiver auszubeuten. Dabei sind die Grenzen der Ausbeutungsmöglichkeiten schon heute in Sicht.

Viertens schließlich, weil gerade für diese Region zutrifft, daß „wer das Wasser hat“ auch „die Macht“ hat, doch „das Wasser hat, wer an der Quelle sitzt“ (*Flottau 1992, S. 151*). Denn von den drei Flußsystemen, die der arabischen Welt Wasser bringen, entspringt nur das kleinste, das Yarmuk-Jordan-System, auf arabischem Territorium (*Polkehn 1992*). Jene Staaten, die die Oberläufe und Quellen der Ströme beherrschen, schöpfen diese weitgehend für sich aus, ohne den Anrainern „weiter unten“ soviel Wasser zu überlassen, wie diese beanspruchen und zu benötigen glauben.

Dies gilt in bezug auf Ägypten für den Nil, von dem die Landwirtschaft des Landes zu 100 Prozent abhängt, der jedoch in Schwarzafrika entspringt. 60 Prozent der Wassermassen kommen mit dem blauen Nil aus Äthiopien, 27 Prozent mit dem Weißen Nil aus dem Viktoria-See in Tansania – beide fließen erst im Sudan bei Khartum zusammen. Hier könnten Konflikte entstehen, wenn Äthiopien, das den Nilwasservertrag von 1902 kürzlich aufkündigte, seine langgehegten Dammbaupläne verwirklicht, wodurch die an der sudanesisch-ägyptischen Grenze ankommende, den Ägyptern vertraglich zustehende Wassermenge um 5 Mrd. Kubikmeter pro Jahr absinken würde – mit unabsehbaren Folgen für die ägyptische Landwirtschaft. Eine effizientere Ausnutzung der Wassermenge wurde bislang durch den sudanesischen Bürgerkrieg verhindert, da ein seit langem von Ägypten und Sudan vereinbarter Plan zum Bau des Jonglei-Kanals vornehmlich von Rebellen des christlichen Südsudans als vom islamischen Norden oktroyiert angesehen wird. Dabei könnte durch den Kanal der Lauf des Nils verkürzt und damit verhindert werden, daß wie bisher jährlich etwa 134 Mrd. Kubikmeter Wasser in den Nilsümpfen versickern.

Auch das zweite große Flußsystem, das die arabische Welt ernährt, hat seinen Ursprung außerhalb Arabiens. Euphrat und Tigris entspringen in der Türkei, die mit der Kontrolle über die Quellen die Wasserversorgung Syriens und Iraks gänzlich unterbrechen kann. Denn durch das „Südost-Anatolische Bewässerungsprojekt“, den 1974 fertiggestellten Keban-Damm, den 1987 vollendeten Karakaya-Damm und künftig durch den riesigen Atatürk-Staudamm werden zwar gut zwei Mio. ha Land bewässert und ca. 30 Mrd. kWh Strom erzeugt, doch dabei wird den Nachbarländern das Wasser buchstäblich abgegraben.

Daß die Verfügungsgewalt über die Quellen der Flüsse bestens dazu geeignet ist, als politische Waffe bzw. Druckmittel eingesetzt zu werden, zeigt die Entwicklung des türkisch-syrischen Streites über das Wasser des Euphrat und die Kurdenpolitik Syriens. Erst nachdem der türkische Ministerpräsident Süleyman Demirel bei der Grundsteinlegung des Atatürk-Staudammes am Euphrat nahe der syrischen Grenze, der bis etwa 1998 fertiggestellt werden soll, die Auffassung der türkischen Regierung erneut bekräftigt hatte, „die Türkei könne mit ihrem Wasserreichtum machen, was sie wolle. Bis zur Grenze gehöre jeder Fluß der Türkei und erst dann den Nachbarstaaten, denen die Türkei ja auch nicht die Nutzung des Erdöls vorschreibe“ (*Süddeutsche Zeitung*, 29. Juli 1992), erklärte sich Syrien zur gemeinsamen Bekämpfung von Terrorakten im grenzübergreifenden Kurdengebiet bereit und versicherte, jegliche Hilfe für die sich in den von Syrien kontrollierten Gebieten befindlichen Quartiere der separatistischen „Arbeiterpartei Kurdistans“, PKK, zu unterlassen. Die Türkei verpflichtete sich im Gegenzug, entsprechend den vor 1987 erzielten Vereinbarungen, den Euphrat trotz gigantischer Staudammbauten mit einer durchschnittlichen Wassermenge von 500 Kubikmetern pro Sekunde über die Grenze nach Syrien weiterfließen zu lassen.

Verteilungskonflikte um die Erdölförderquoten

Auch ein weiterer Rechtfertigungsversuch Saddam Husseins, Kuwait habe durch die Nichteinhaltung der von der OPEC festgesetzten Quoten und zügellose Erdölförderung die irakische Wirtschaft „strangulieren“ wollen, mag zwar ein Vorwand sein, doch die Verteilungskonflikte um die Erdöleinnahmen der Golfstaaten werden auch in Zukunft eine Quelle der Unsicherheit bleiben. Denn unter den acht erdölproduzierenden Staaten der Region mit 65 Prozent der Welterdölreserven wird sich auch in naher Zukunft nichts an den bestehenden Unterschieden ändern, was Kapitalbedarf für die Modernisierung der bevölkerungsreichen Volkswirtschaften angeht. Während Iran und Irak – letzterer selbst im Falle einer Aufhebung des UNO-Embargos – angesichts der Größe ihrer Länder und der Zahl ihrer Bevölkerung kaum großen Spielraum an Förderkapazitäten und Kapitalüberschüssen haben werden – nicht zuletzt, um die verheerenden Folgen des iranisch-irakischen Krieges für beide Staaten und des Golf-Krieges für den Irak zu beheben –, wird es wohl auch in naher Zukunft das Privileg Saudi-Arabiens, Kuwaits und anderer kleiner Erdölproduzenten des Golfs bleiben, aufgrund ihrer relativ geringen Bevölkerungszahlen und großer Förderkapazitäten fortgesetzt Kapitalüberschüsse zu akkumulieren. Während der Iran und der Irak 1993 mit 2,99 bzw. 2,75 Mrd. Dollar verschuldet waren, verfügten nach Berechnungen des Magazins *Middle East Economic Digest* (zit. nach *Der Spiegel* 30/1994, S. 109) nur fünf nahöstliche Ölstaaten über ein Nettobankguthaben von annähernd 77,40 Mrd. US-Dollar (Saudi-Arabien: 44,03; Ver. Arab. Emirate: 24,59; Kuwait: 5,47; Bahrain: 1,82; Katar: 1,49 Mrd. Dollar). Weit höher als diese staatlichen Anlageposten werden allerdings die Privatguthaben geschätzt, die sich auf rund 300 Mrd. Dollar belaufen. Ob es dieser Staatengruppe jedoch langfristig gelingen wird, ihre äußere Sicherheit mittels dieser Überschüsse durch engere Anbin-

derung an äußere Mächte bzw. verstärkte Aufrüstung zu gewährleisten, und die innere Sicherheit und Stabilität durch Pazifizierung der Bevölkerung mit der Ölrente zu erkaufen, ist mehr als zweifelhaft.

Perspektiven

Die Wahrscheinlichkeit eines Ausbruchs dieser Konflikte ist insofern naheliegend, als spätestens mit dem II. Golfkrieg und der Invasion eines souveränen arabischen Staates durch einen anderen arabischen Staat jener Mythos von der panarabischen Ideologie bzw. der Einheit der „arabischen Nation“, zu der sich sämtliche Regime seit den 50er Jahren in der einen oder anderen Form bekannt hatten, endgültig überwunden scheint. Angesichts der hier kurz skizzierten Konfliktformationen ist bis auf weiteres davon auszugehen, daß die meisten Staaten der Region schon deshalb an einem hohen Rüstungsniveau und einem hohen Bereitschaftsgrad ihrer Armeen festhalten, um allen Eventualitäten vorzubeugen. Fazit: Die Region ist von den proklamierten Zielsetzungen nach dem Ende des Golfkrieges und der mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes gehegten Hoffnung auf eine regionale Friedensordnung weiter denn je entfernt.

Literatur

- Bahadir, Sefik A.*: Saddam Hussein und der Club der Reichen. Wirtschaftliche Hintergründe des irakischen Überfalls auf Kuwait, in: Bahman Nirumand (Hrsg.): Sturm im Golf. Die Irak-Krise und das Pulverfaß Nahost, Reinbek 1990, S. 100–117
- Beschorner, Natasha*: Water and Instability in the Middle East, Adelphi Paper 273, London 1992
- Ferdowsi, Mir A.*: Zwischen regionaler Konfliktodynamik und globalen Interessen: Der Persische Golf als Krisenregion, in: Christopher Dasse/Susanne Feske/Bernhard Moltman/Claudia Schmid (Hrsg.): Regionalisierung der Sicherheitspolitik, Baden-Baden 1993, S. 287–306
- Flottau, Heiko*: Die Bande der Clans. Die arabische Welt besser verstehen, Freiburg 1992
- Gesemann, Frank*: Die zentrale Rolle Ägyptens bei der Neuordnung der Golfregion, in: Blätter des iz3w, 175/1991, S. 7–12
- Haarmann, Ulrich (Hrsg.)*: Geschichte der Arabischen Welt, München 1994 (3. neubearbeitete Auflage)
- Hourani, Albert*: Die Geschichte der arabischen Völker, Frankfurt am Main 1992
- Ibrahim, Ferhad/Ferdowsi, Mir A. (Hrsg.)*: Die Kuwait-Krise und das regionale Umfeld, Berlin 1992
- Johannsen, Margret/Claudia Schmid*: Ende einer Feindschaft? Der Friedensprozeß im Nahen Osten, in: Friedhelm Solm/Reinhard Mutz/Gert Krell (Hrsg.): Friedensgutachten 1994, Münster 1994, S. 243–260.
- Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.)*: Die Golfregion in der Weltpolitik (Kohlhammer Taschenbücher 1094), Stuttgart 1991
- Nohlen, Dieter/Franz Nuscheler (Hrsg.)*: Handbuch der Dritten Welt, Band 6: Nordafrika und Naher Osten, Bonn 1993³
- Pawelka, Peter*: Der Vordere Orient und die Internationale Politik, Stuttgart 1993
- Peres, Shimon*: Die Versöhnung. Der neue Nahe Osten, Berlin 1993
- Perthes, Volker*: Regionale Auswirkungen des zweiten Golfkrieges, in: Interdependenz Nr. 6, hrsgg. von der Stiftung Frieden und Entwicklung/Institut für Entwicklung und Frieden, Duisburg 1991
- Perthes, Volker*: Rüstungsdynamik im Nahen und Mittleren Osten, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1993

Starr, Joxce R.: Water Wars, in: Foreign Policy, 82/1991, S. 17–36

Steinbach, Udo/Hofmeier, Rolf/Schönborn (Hrsg.): Politisches Lexikon Nahost/Nordafrika, München 1994 (3. neubearbeitete Auflage)

Steinbach, Udo: Das Gaza-Jericho-Abkommen. Wegmarke im Friedensprozeß, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22/1994, S. 3–14

Tibi, Bassam: Die Verschwörung. Das Trauma arabischer Politik, Hamburg 1993